



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

P 201 Postulat Candan Hasan und Mit. über die Verwendung von Luzerner Holz bei der Realisierung des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz (Waffel), Luzern Nord / Finanzdepartement i. V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 201 und das Postulat P 222 von Bucheli Hanspeter und Mit. über ein zentrales Verwaltungsgebäude am Seetalplatz (Waffel) in Holzbauweise werden als Paket behandelt.

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung beider Postulate.

Hasan Candan hält an seinem Postulat P 201 fest.

Hanspeter Bucheli hält an seinem Postulat P 222 fest.

Markus Hess beantragt Erheblicherklärung beider Postulate.

Hasan Candan: Gemäss § 29 des Kantonalen Waldgesetzes fördert der Kanton Luzern einheimisches Holz. Der Kanton Luzern verfügt über eine wichtige Holzindustrie, wie uns der Verein Proholz anlässlich eines Treffens aufzeigen konnte. Der Holzindustrie geht es im Moment nicht sehr gut, darum ist es nebst dem ökologischen Aspekt wichtig, dass die Holzförderung im Waldgesetz festgeschrieben ist. Trotzdem scheint es so, dass zwar Projekte mit einheimischem Holz möglich wären, diese aber immer wieder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Mit dem Bau des neuen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz bietet sich nun die einmalige Chance, dem Waldgesetz Folge zu leisten und das Gebäude in Holzbauweise zu erstellen. Der Kanton Luzern könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und Holz als ökologischen, lokalen und nachwachsenden Rohstoff mit ausgezeichneten bautechnischen Eigenschaften verwenden. Die Regierung beruft sich in ihrer Stellungnahme auf das öffentliche Beschaffungsrecht. Heute verlangen zwar alle lokale Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Regionalität, absurderweise wird aber teilweise Holz aus ganz Europa importiert, nur weil es günstiger ist. Die Regierung sollte doch die Vergabekriterien so festlegen können, dass Schweizer und Luzerner Holz als Baustoff und Energieträger bei der Realisierung des neuen Verwaltungsgebäudes zum Tragen kommt. Deshalb sollten beim Bau nachwachsende Rohstoffe verwendet, ökologische und nachhaltige Kriterien beachtet und wenig graue Energie erzeugt werden. Wir halten an der Erheblicherklärung unseres Postulats fest. Dadurch erhält die Regierung den Auftrag, die Ausschreibung für das neue Verwaltungsgebäude so zu gestalten, dass seine Realisierung aus Luzerner und Schweizer Holz zu erfolgen hat.

Hanspeter Bucheli: Es freut mich, dass die Vorzüge des Roh- und Baustoffes Holz bei der Regierung unbestritten sind. Ebenso nehme ich den Willen zur Kenntnis, Holz bereits beim Architekturwettbewerb zu stipulieren und zu fördern. Die Gesetzgebung zu öffentlichen Beschaffungen betreffend Nichtdiskriminierung, Gleichhaltung und Transparenz wurde in der

Stellungnahme der Regierung viel zu einseitig und gegen mein Anliegen ausgelegt. Andere Kantone wie Bern und Thurgau zeigen, dass die öffentliche Hand trotz eines Gesetzes über öffentliche Beschaffungen das Bauen mit Holz schon beim Architekturwettbewerb verlangen kann, sofern sie es will. Der Kanton als Bauherr kann definieren, in welchem Standard er seine Immobilien bauen will. Als Waldeigentümer kann der Kanton Luzern sein eigenes Holz verbauen lassen respektive dem Auftragnehmer die Auflage machen, das Holz verbauen zu müssen, welches der Kanton zur Verfügung stellt. Meine Recherchen haben ergeben, dass aus dem kantonseigenen Wald diejenige Holzmenge geschlagen werden kann, welche für das Verwaltungsgebäude in Holzbauweise notwendig ist. Wenn die Wirtschaftlichkeitsprüfung vor dem Wettbewerb ergibt, dass die Holzbauweise mit den anderen Bauweisen vergleichbar ist, soll der Kanton die Holzbauweise bereits im Wettbewerb fordern. Der Kanton könnte dies damit begründen, dass er das Gebäude mit seinem eigenen Holz gebaut haben will. Während der Projektentwicklung könnte der Kanton das Holz im eigenen Wald schlagen und in regionalen Sägewerken zu Rohlamellen einschneiden und trocknen lassen. Dem Totalunternehmen ist die Auflage zu machen, dass er dem Kanton die Rohlamellen abkaufen, zu Leimholz weiterverarbeiten und im Projekt verbauen muss. Dieser Prozess muss unter Einhaltung des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen stattfinden, was mit dem skizzierten Vorgehen ohne Weiteres möglich ist. Nutzen wir unseren eigenen, ökologischen und nachwachsenden Rohstoff Holz. Nehmen wir unsere Vorbildfunktion im Hinblick auf die Zukunft der nächsten Generation wahr und behalten wir möglichst viel Wertschöpfung im Kanton Luzern. Lassen wir unsere Regierung bezüglich eines Holzbaus für das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz noch etwas kreativer werden. Erklären Sie deshalb die beiden Postulate P 201 und P 222 erheblich.

Markus Hess: Die GLP-Fraktion stimmt beiden Postulaten zu. Es geht hier um die Verwertung des eigenen Rohstoffs Holz. Die Regierung hat eine nachvollziehbare Stellungnahme geliefert, bis auf die Schlussformulierung, ich zitiere: „In diesem Sinn beantragen wir Ihnen mit dem Vorbehalt, dass die für öffentliche Beschaffungen geltenden Rahmenbedingungen einzuhalten sind, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.“ Dieser Vorbehalt ist zwar berechtigt und die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen eingehalten werden. Trotzdem sollen beide Postulate erheblich erklärt werden.

Monique Frey: Was der Kanton Waadt kann, sollte auch der Kanton Luzern können: Der Kanton Waadt weihet am Karfreitag seinen neuen Kantonsratssaal ein, der komplett aus einheimischem Holz gebaut worden ist. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung beider Postulate zu. Der Kanton Luzern verfügt nicht nur über eigenes Holz, sondern auch über sehr gute Betriebe, welche Holz fachgerecht verarbeiten können, mittlerweile sogar in mehrstöckigen Gebäuden. Holz ist energetisch gesehen vorbildlich und klimaneutral, deshalb soll sich auch der Kanton Luzern bemühen, eigenes Holz zu verbauen.

Pius Müller: Der Anteil an überaltertem Wald ist in der Schweiz sehr hoch. Das Waldwachstum ist grösser als die Fläche des im Moment verbauten Landes. Zudem besitzt der Kanton Luzern viel eigenen Wald. Der SVP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass das Schweizer Holz nicht nur privat verwendet wird, sondern auch für öffentliche Bauten. Der Schweizer Holzpreis ist aber in den letzten Jahren in den Keller gesunken. Die Schweizer Löhne, auch in der Forstwirtschaft, haben sich stetig nach oben entwickelt. Es kann doch nicht sein, dass der Kubikmeterpreis Holz im Ausland nur halb so teuer ist wie in der Schweiz. Unser kleiner Rohdiamant interessiert niemanden mehr, wenn das Holz im Ausland derart billig angeboten wird. So lange das Kriterium Preis über 70 Prozent in der Vergabe gewichtet wird, haben wir mit unserem einheimischen Holz praktisch keine Chance, einen Zuschlag bei einer öffentlichen Beschaffung zu erhalten. Darum ist es logisch, dass sich die Unternehmungen mit den heutigen internationalen Abkommen nach dem billigsten Anbieter umschaun. Die Regierung erklärt in der Stellungnahme beider Postulate, dass die Vorgaben des GATT/WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen es nicht zulassen, nur die einheimische Holzproduktion zu berücksichtigen. Um den Druck bei den öffentlichen Ausschreibungen zur Förderung von Schweizer Holz zu erhöhen, muss die Variante Schweizer Holz zwingend in das Leistungsverzeichnis aufgenommen werden,

sodass die Unternehmen für ihr Schweizer Holz den entsprechenden Preis offerieren können. Die SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich wie folgt abstimmen: Beim Postulat P 201 folgen wir wie von der Regierung vorgeschlagen der teilweisen Erheblicherklärung. Für uns ist nicht Luzerner, sondern Schweizer Holz wichtig. Dem Postulat P 222 stimmen wir zu.

Othmar Amrein: Der Bau eines Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz ist zu begrüßen. Es ist wichtig, dass dabei möglichst viele Materialien aus der Schweiz verwendet werden. Es wäre aber falsch, bereits jetzt das Material zu bestimmen, da auch noch andere Baustoffe infrage kommen. Es gibt Firmen, die in den Bereichen Kieswerk, Ziegeleien, Isolationswerk oder Betonwerk tätig sind. Darum erstaunt es mich, dass hier ein geschützter Markt errichtet werden soll und der Kanton in Zukunft nur noch mit Holz bauen soll. Holzbauten sind zudem in der Regel 3 bis 5 Prozent teurer. Ich bitte Sie deshalb, beide Postulate abzulehnen.

Urs Marti: Die beiden Postulanten verlangen, das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz sei in Holzbauweise oder allenfalls in Hybridbauweise zu realisieren. Holz ist ein toller Rohstoff, er ist erneuerbar, schafft ein angenehmes Raumklima und hat viele weitere Vorteile. Zu beachten ist aber auch, dass der Holzbau in der Regel etwas teurer ist als die massive Bauweise. Holz überzeugt ökologisch nur dann, wenn es aus einheimischen Wäldern stammt. Ausländisches verleimtes Holz, das in die Schweiz transportiert werden muss, ist kaum ökologischer als Schweizer Kies oder Beton. Auch Kies ist eine einheimische Ressource. Als Vertreter dieser Branche und als Arbeitgeber habe ich die Erwartung, dass der Kanton Luzern die Regeln der öffentlichen Ausschreibung einhält. Ich erwarte ein faires Verfahren und gleich lange Spiesse für alle. Deshalb lehne ich die volle Erheblicherklärung beider Postulate ab.

Herbert Widmer: Die beiden Postulate gaben der FDP-Fraktion zu interessanten Diskussionen Anlass. Im Prinzip geht es hier auch um die Bedeutung eines Postulats. In letzter Zeit haben wir gerade in grösseren Gemeinden des Kantons erlebt, dass Postulate als Motionen erachtet werden. Das hat uns zu etwas Vorsicht ermahnt. Warum weise ich aber auf diese Tatsache hin? Gerade was das Postulat P 222 betrifft, ist es wichtig, die Bedeutung eines Postulats zu erklären. Bei einem Postulat handelt es sich um einen Prüfungsauftrag. Das Postulat P 201 verlangt zu prüfen, inwiefern beim Bau des Verwaltungsgebäudes Holz verwendet werden könnte. Dieses Anliegen verstehen wir. Wir verstehen aber auch die Stellungnahme des Regierungsrates, wonach er aufgrund vergaberechtlicher Bestimmungen die teilweise Erheblicherklärung beider Postulate beantragt. Die Regierung erklärt zudem, dass sie in der Ausschreibung noch nicht festlegen wolle, welches Material verwendet werden solle. Wir sollten etwas objektiver bleiben und nicht jetzt schon von Holz, Zement oder unserem eigenen Interesse ausgehen. Das Postulat P 222 verlangt, dass das Verwaltungsgebäude bei wirtschaftlicher Vergleichbarkeit in Holz gebaut wird, mindestens in einer Hybridbauweise. Die FDP-Fraktion erklärt beide Postulate teilweise erheblich. Wir sind der Ansicht, dass es nicht Aufgabe des Parlaments ist, jetzt schon einen Entscheid über die Bauweise zu fällen. Unser Rat bewegt sich langsam in die Richtung, immer alles bestimmen zu wollen. Diese Entwicklung finden wir nicht gut. Ein grosser Teil der FDP-Fraktion stimmt deshalb der teilweisen Erheblicherklärung beider Postulate zu.

Marcel Omlin: Die Schweiz verfügt über zwei Rohstoffe, nämlich Wasser und Holz. Im Kanton Luzern ist der Anteil an Altholz sehr hoch. Deshalb sollten wir die Chance nutzen, für den Bau des Verwaltungsgebäudes unseren eigenen, ökologischen Rohstoff Holz zu verwenden. Der Bund hat in Alpnach eine Truppenunterkunft aus Holz gebaut. Das VBS plant in Emmen den Bau eines Holzschnitzelkraftwerkes. Es sollte also auch im Interesse des Kantons Luzern sein, den Rohstoff Holz zu verwenden. Ich verstehe nicht, warum sich der Kanton hinter dem Bundesgesetz über die öffentlichen Beschaffungen versteckt. Die Kriterien können vom Ausschreibenden selber bestimmt werden. Dabei soll nicht nur auf den Preis geachtet werden, sondern auch auf die Qualität oder darauf, ob ein Betrieb Lehrlinge ausbildet. Leider zählt aber laut Gesetz das Kriterium Preis zu 70 Prozent. Deshalb muss sogar die Schweizer Armee ihre T-Shirts in Taiwan produzieren lassen. Ob sich andere Länder in Europa genauso wie die Schweiz an das GATT/WTO-Übereinkommen halten,

wage ich zu bezweifeln. Die Armee plante in Mels eine Fernheizung mit Holz. Auf die Ausschreibung hat sich mit der Korporation Mels nur gerade ein Anbieter gemeldet. Die Ausschreibung hat trotzdem eine halbe Million Franken gekostet. Mit einem Postulat verhindern wir nichts, sondern es handelt sich nur um einen Prüfungsauftrag. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat P 201 teilweise erheblich und das Postulat P 222 erheblich zu erklären.

Angela Lüthold: Bei der Ausschreibung kann die Formulierung entsprechend gewählt werden. Es kann explizit erwähnt werden, dass es sich um nachhaltige, ökologische und recycelbare Baumaterialien mit einem tiefen Anteil an grauer Energie handeln muss. Vor allem aber kann eine Ausschreibung als Variante mit Schweizer Holz erfolgen. Danach kommen die Gesetzmässigkeiten trotzdem zum Tragen, ob es günstig oder nicht günstig sein soll. Die technischen Spezifikationen können ebenfalls noch festgelegt werden. Ausreden finden sich immer. Es geht doch nicht darum, dass der Kantonsrat über die Ausführung beim Bau des Verwaltungsgebäudes bestimmen will oder ob eine gewisse Branche bevorzugt werden soll. Die rund 80'000 Mitarbeitenden der Holzindustrie verdienen aber eine gewisse Unterstützung. Nutzen wir deshalb die Gelegenheit, und erklären wir die beiden Postulate erheblich. So unterstützen wir für die nächste Generation die Langlebigkeit des Waldes. Unser Wald ist überaltert, unsere Nachkommen sollten aber in 40 Jahren auch noch saubere Luft atmen können.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich verzichte darauf, weiter auf das kantonale Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen einzugehen. Wir beantragen die teilweise Erheblicherklärung beider Postulate, weil wir die Bauweise in die Ausschreibung mit einbeziehen wollen. Wir wollen uns aber nicht verpflichten. Ein Gebäude kann ganz oder teilweise mit Holz gebaut werden. Der Bau eines Kantonsratssaales kann aber kaum mit dem Bau eines kompletten Bürogebäudes verglichen werden. Beim Verwaltungsgebäude handelt es sich um ein sechsstöckiges, zum Teil sogar zehnstöckiges Gebäude. Deshalb wird sich eine komplette Holzbauweise wohl eher als schwierig erweisen. Beim Holz, das wir aus unserem eigenen Wald schlagen können, handelt es sich um zirka 4000 Kubikmeter Weiss- und Rottanne. Mit dieser Menge kann wohl kaum ein komplettes Bürogebäude gebaut werden. Wir werden voraussichtlich eine gemischte Bauweise anstreben und zum Beispiel Holz für den Innenausbau verwenden, soweit es die bautechnischen und feuerrechtlichen Bestimmungen zulassen. Zudem müssen wir auch Fragen nach dem Preis und der Rendite beantworten können. Wir können deshalb nicht einfach eine Variante um jeden Preis wählen. Beim Bau sollen Materialien wie Stahl, Beton, Holz und Ziegel aus der Region verwendet werden. Der Entscheid soll mit einem fairen Ausschreibungsverfahren gefällt werden. Wir bitten Sie deshalb, beide Postulate teilweise erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat P 201 mit 63 zu 53 Stimmen erheblich.